

Hopfenweg 21
PF/CP
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Bern, 26. November 2020 / Text Ansprache

Gleichheit ist die Grundlage für gute Arbeitsbedingungen

Nach jahrelanger Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, wobei 2019 ein besonders schlechtes Jahr war, zeigt das Barometer 2020 von Travail.Suisse eine Verbesserung. Dies ist natürlich erfreulich, aber es lassen sich auch Schlüsse daraus ziehen: ernsthafte Investitionen in die Branchen, die mit voller Wucht vom Coronavirus getroffen werden, wie die Gesundheit; Verbesserung der Arbeitsplatzsicherheit; Gewährleisten des Rechts auf Abschaltung mit der Generalisierung des Home Office. Die Frauen tragen auf allen Ebenen die Hauptlast der Krise: Die Gleichheit muss mehr denn je von einer ehrgeizigen öffentlichen Politik gefördert werden.

Léonore Porchet, Vizepräsidentin von Travail.Suisse und Nationalrätin

Die Arbeitnehmenden beurteilen 2020 die Arbeitsbedingungen deutlich positiver. Trotz – oder dank – Coronavirus? Die Existenzängste scheinen einige am Arbeitsplatz angetroffene Schwierigkeiten zu vertuschen. Vom Blickpunkt der psychischen Gesundheit der Arbeitnehmenden bleibt 2020 folglich ein besorgniserregendes Jahr. Andererseits könnte diese positivere Einschätzung der eigenen Arbeit auch eine Folge davon sein, dass nicht gearbeitet wurde, insbesondere in den Branchen, deren Arbeitsbedingungen normalerweise am wenigsten gut bewertet werden. Dieses Barometer wäre so die Spiegelung einer kurzfristigen Auswirkung des Coronavirus, aber keine echte Verbesserung der Arbeitsplätze. Die Analyse 2021 wird zeigen, ob diese Ergebnisse bestätigt werden können und ob und wie diese Krise genutzt wurde, um die Arbeitsbedingungen wirklich und langfristig zu verbessern.

Die Arbeitnehmenden an der Front haben etwas Besseres verdient

Nicht alle Sektoren zeigen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Insbesondere die Sektoren an der Front in den Bereichen Gesundheit und Sozialpädagogik gehen hart mit dem Jahr 2020 ins Gericht. Der Bericht sieht sie sogar als Corona-Verlierer. Offensichtlicher Grund dafür ist die Arbeitsüberlastung und die Situation wird sich in Anbetracht der zweiten Welle, die uns erneut mit dem Schreckgespenst der überfüllten Spitäler konfrontiert, kaum bessern. Wir erinnern deshalb daran, dass alle Massnahmen der wirtschaftlichen Verlangsamung getroffen werden, um den Kollaps des Gesundheitssystems aufgrund des Virus zu verhindern. Was uns zur Frage führt, wie es möglich ist, dass wir uns, in unserem Land mit einem solch engmaschigen Gesundheitsnetzwerk, einer solchen Gefahr gegenübersehen? Weil das Spitalsystem wie ein x-beliebiger Markt behandelt wird, angefangen mit dem uralten Rezept der Ausbeutung der Arbeitskräfte.

Die Bedingungen für das Gesundheitspersonal, insbesondere in den Krankenhäusern und in der häuslichen Pflege, sind in der Tat untragbar: Einerseits aufreibende Arbeitszeiten, andererseits nicht

die notwendigen Ruhetage. Obwohl es sehr qualifiziert und sehr gut ausgebildet ist, erhält es keinen angemessenen Lohn. Konfrontiert mit einer Zunahme der komplexen Fälle verfügt es nicht über die notwendigen Ressourcen für die effiziente, würdevolle und achtsame Behandlung jeder Person, wie wir alle dies für uns und unsere Nahestehenden wünschen. Und mitten in der ersten Welle wurde ihm der Schutz des Arbeitsgesetzes entzogen.

Im Parlament wartet die Initiative «Für eine starke Pflege» auf einen seriösen Gegenentwurf, der vom Ständerat langsam aber sicher ausgehöhlt wird. Zahlreiche Vorschläge, die dem Gesundheitspersonal ermöglichen sollen, sich auszuruhen, werden von der Mehrheit verworfen. Die SGK-N hat einmal mehr einen Vorschlag zurückgewiesen, den Kantonen zu helfen, um in den Spitälern einen ausreichenden Personalbestand sicherzustellen. Summa summarum zieht man es vor, statt den Gesundheitssektor korrekt zu finanzieren ganze Wirtschaftszweige zu einem Halt zu bringen und zu gefährden.

Selbstverständlich sind die betroffenen Personen in der Hauptsache Frauen, die das traditionelle Bild als Personen zeichnet, die sich gerne um andere kümmern und strukturell auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Die gewerkschaftlichen Forderungen und der Frauenstreik, mit denen endlich die gleichen Rechte und Freiheiten erhalten werden sollen, sind angesichts dieser Gesundheitskrise deshalb aktueller denn je. Eine massive Investition in die gesundheitlichen und sozialpädagogischen Dienstleistungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne führt nicht nur zu einer konkreten Antwort auf die Gesundheitskrise, sondern auch auf die Gefahr, die die zukünftigen Corona-Wellen für unsere Wirtschaft und die Gesundheit aller darstellen.

Arbeitsplatzsicherheit als Modell

Dieses Coronavirusjahr ist auch ein Jahr der grossen staatlichen Investitionen in die Arbeitsplatzsicherheit. Insbesondere Zeitarbeit und befristete Verträge kamen in den Genuss von nie dagewesenen Garantien, um ihre Arbeit und ihren Lohn zu schützen. Zweifellos leisten diese Bedingungen, die klar besser sind als in normalen Zeiten, einen Beitrag zur positiveren Beurteilung der Arbeitsbedingungen, namentlich des Kriteriums *Sicherheit*. Da gegenwärtig für die zweite Welle noch keine ähnlichen Massnahmen umgesetzt wurden, würde das Ergebnis wahrscheinlich anders ausfallen, wenn die Umfrage heute durchgeführt würde.

Darauf weist die schlechte Beurteilung des Kriteriums *mittelfristige Perspektive* hin: Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmenden glaubt nicht oder fast nicht, dass sie eine ähnliche Stelle finden können, sollten sie ihre Arbeit verlieren. Die Arbeitsmarktmobilität ist eine Illusion und die Last, die diese Sorge darstellt, wird in den nächsten Jahren infolge der Finanzkrise kaum leichter werden. Folglich ist es notwendig, den Schutz der Arbeitsplätze zu verstärken.

Auch hier sind die Frauen besonders betroffen, da sie öfter über Zeitarbeitsverträge verfügen und stärker mit den Unsicherheiten des Arbeitsmarktes konfrontiert sind. Ausserdem sind sie bei den Niedriglöhnen übervertreten und stärker von der Kurzarbeit betroffen, durch die ihre Hungerlöhne um weitere 20 % gekürzt werden. Es ist für Travail.Suisse sehr wichtig, dass die Niedriglöhne 100 % ihres Lohns erhalten und wir werden weiter an diesem Ziel arbeiten.

Das unabdingbare Recht auf Abschaltung

Fast die Hälfte der Arbeitnehmenden wurden während des Lockdowns ins Home Office geschickt: für die meisten von ihnen ein Novum. Das Barometer zeigt insbesondere, dass die Telearbeit zu Hause zu einer deutlich höheren Erreichbarkeit führt. So ist der Anteil der Arbeitnehmenden, die nie ausserhalb der normalen Arbeitszeiten erreichbar sein müssen, um 4,9 Prozentpunkte gesunken. Gleichzeitig sind 28,3 % der Arbeitnehmenden sehr oft damit konfrontiert, gegenüber von 26,4 % im Vorjahr.

Es ist hier wichtig daran zu erinnern, dass der Arbeitgeber nicht das Recht hat, zu verlangen, dass die Arbeitnehmenden während ihrer Ruhezeit erreichbar sind. Auch haben letztere das Recht, nicht erreichbar zu sein, ausser sie haben sich zu einem temporären Pikettdienst für mögliche besondere Ereignisse verpflichtet und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben (s. Art. 14 und 15 ArGV 1). Es existieren folglich bereits heute gesetzliche Grenzen für die ständige Erreichbarkeit; aber sie scheinen nicht auszureichen. Für Travail.Suisse muss das Gesetz verschärft werden, aber vor allem muss die Sozialpartnerschaft dieses Thema aufgreifen und in die GAV integrieren, nach dem Beispiel des mit der Swisscom ausgehandelten GAV.

Im Allgemeinen ist die Telearbeit ein zweischneidiges Schwert für die Arbeitnehmenden, wobei dieses mehr auf den Schultern der Frauen lastet. Da die Aufgaben innerhalb der Familien auch heute noch sehr ungleich verteilt sind, sind es die Frauen, die sich um die Mehrarbeit im Haushalt, in der Küche und in der Pflege kümmern. Mit den Kindern zu Hause und dem Homeschooling fielen die erzieherischen Aufgaben hauptsächlich den Frauen zu. In Anbetracht einer Generalisierung des Home Office, aber auch allgemein in Anbetracht der Folgen der Gesundheitskrise für die Arbeitnehmenden, ist das gesellschaftliche Ziel Gleichheit mehr denn je die Grundlage für gute Arbeitsbedingungen.